

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

07.11.2011

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 20. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 7. November 2011

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 21:13 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Norbert Braun
- Erich Cymek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Andreas Kerath
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Dr. Luer Kühne
- Angela Leddin
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Wilfried Lüthen
- Prof. Dr. Manfred J. Matschke
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Pegel
- Christian Radicke
- Anja Reuhl
- Angelika Richter
- Karl-Dieter Schmidt
- Dr. Mignon Schwenke
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack

Entschuldigt :

- Dr. Ullrich Bittner
- Ulf Burmeister
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Thomas Meyer
- Alexa Worm
- Ingo Ziola

Unentschuldigt: Sebastian Ratjen

Tagesordnung:

0. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
1. Bestätigung der Tagesordnung
2. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
3. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
4. Vorstellung der Eckdaten zum Haushalt 2012
5. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 5.1. Vertreter für den Regionalen Planungsverband Vorpommern nach der Kreisgebietsreform B382-20/11
interfraktioneller Antrag
- 5.2. Ernennung des Ortswehrführers und des stellvertretenden Ortswehrführers in das Ehrenbeamtenverhältnis B392-20/11
Dez. III, Amt 32
- 5.3. Übernahme von Geschäftsanteilen an der ABS gGmbH B394-20/11
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 5.4. Jahresabschluss 2010 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B395-20/11
STZ
- 5.5. Aufhebung Vorbehalt zur Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2009 B396-20/11
Rechnungsprüfungsausschuss
- 5.6. 1. Änderungssatzung zur Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung 2009 für die kommunalen Friedhöfe der Universitäts- und Hansestadt Greifswald; Friedhofs- und Bestattungsgebührensätze 2012 ff. B397-20/11
Dez. II, Amt 66
- 5.7. Prüfauftrag für eine Denkmalbereichsverordnung „Offiziersbautensiedlung Greifswald-Ladebow“ B398-20/11
OTV Wieck-Ladebow
- 5.8. Straßenausbau im OT Ladebow, Bereich ehemalige Flugplatzsiedlung *OTV Wieck-Ladebow*
- 5.9. Weiteres Verfahren zur Entwicklung des Seehafens Greifswald-Ladebow B399-20/11
Dez. I, Amt 20, Dez.II Amt 60 und Amt 66
- 5.10. Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung und die Klassifizierung B400-20/11
Dez. II, Amt 60
- 5.11. Bebauungsplan Nr. 110 - Südlich Chamissostraße - ; Aufstellungsbeschluss B400-20/11
Dez. II, Amt 60
- 5.12. Umbesetzung Werksausschuss Abwasser B383-20/11
SPD-Fraktion
- 5.13. Umbesetzung Finanzausschuss B384-20/11
SPD-Fraktion
- 5.14. Besetzung OTV B385-20/11
SPD-Fraktion
- 5.15. Umbesetzung OTV Eldena B386-20/11
Die Linke
- 5.16. Realisierung der Sanierung des Stadtgrabens B393-20/11
Dez. II, Amt 60
- 5.17. Umbesetzung im Ausschuss für Bau und Umwelt B387-20/11
ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler
- 5.18. Umbesetzungen des Hauptausschusses B388-20/11
ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler
- 5.19. Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses B389-20/11
ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler
- 5.20. Umbesetzung des Ausschusses für Sport B390-20/11
ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler

- | | | |
|-------|---|------------|
| 5.21. | Umbesetzung in der Mitgliederversammlung des Städte und Gemein-
detags
<i>ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler</i> | B391-20/11 |
| 6. | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt | |
| 6.1. | Beschlusskontrolle
Kündigung des Vertrages mit der BauBeCon GmbH
<i>interfraktioneller Antrag</i> | B337-17/11 |
| 7. | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft | |
| 8. | Mitteilungen des Präsidenten | |
| 9. | Bestätigung der Niederschrift vom 26.09.2011 | |
| 10. | Schluss der Sitzung | |

Zu TOP 0. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die 20. Sitzung der Bürgerschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 36 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Herr Klaus Heiden (Freie Wähler) hat sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen zurückgegeben. Das Nachfolgemandat tritt Herr Wilfried Lüthen an.

Der Präsident verpflichtet Herrn Lüthen per Handschlag zur gewissenhaften Arbeit in der Bürgerschaft und zur Einhaltung der Kommunalverfassung M-V, der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, und die beiden Stellvertreter Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 1 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert über eine Reihe ausgereicherter Tischvorlagen, die wie folgt in die Tagesordnung aufgenommen werden sollen:

als TOP 5.12 Umbesetzung Werksausschuss Abwasser

SPD-Fraktion

als TOP 5.13 Umbesetzung Finanzausschuss

SPD-Fraktion

als TOP 5.14 Besetzung OTV

SPD-Fraktion

als TOP 5.15 Umbesetzung OTV Eldena

Die Linke

als TOP 5.16 Realisierung der Sanierung des Stadtgrabens

Dez. II, Amt 60

als TOP 5.17 Umbesetzung im Ausschuss für Bau und Umwelt

ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler

als TOP 5.18 Umbesetzungen des Hauptausschusses

ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler

als TOP 5.19 Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses

ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler

als TOP 5.20 Umbesetzung des Ausschusses für Sport

ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler

als TOP 5.21 Umbesetzung in der Mitgliederversammlung des Städte und Gemeindetages

ZG Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler.

Außerdem sind zu TOP 5.9 und TOP 5.10 Änderungsanträge ausgereicht worden.

Der Präsident schlägt vor, die Tischvorlagen TOP 5.12. bis TOP 5.15 und TOP 5.17 bis TOP 5.21 nach TOP 5.1 einzuordnen und TOP 5.16 nach TOP 5.2.

- kein Widerspruch

Herr Dr. Bartels beantragt für die Linksfraktion, den TOP 5.6 (1. Änderungssatzung zur Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung) von der Tagesordnung abzusetzen, um sie im Sozialausschuss zu beraten.

Abstimmungsergebnis: bei 11 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Danach lässt der Präsident über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen beschlossen

Zu TOP: 2 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Frau Kagel, Direktorin der Fischer-Schule:

- Bemerkungen zum schlechten baulichen Zustand der Fisch-Schule

Herr Hochheim gibt entsprechende Erläuterungen, die schriftlich dem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

Manfred Peters:

- Problem der öffentliche Bekanntmachung von Beschlussvorlagen im Stadtblatt und im Inetnet

Herr Liskow sagt zu, die Problematik im erweiterten Präsidium zu beraten.

Herr Klaus Dufke, Hugo-Helfritz-Str.10:

1. Seit Monaten fehlt in der Straße eine Gulliabdeckung.
2. An dem Neubau an der Ecke zur Wolgaster Straße fehlt seit 1¹/₂ Jahren der Fußweg.
3. An der Ecke zur Wolgaster Straße befindet sich eine Hecke, die zu hoch ist, so dass eine schlechte Einsicht gegeben ist und eine Unfallgefahr darstellt. Diese Hecke sollte entfernt oder zumindest gekürzt werden.

Herr Senator Hochheim sagt eine schriftliche Antwort zu, die auch den Mitgliedern der Bürgerschaft zur Kenntnis gegeben wird.

Zu TOP: 3 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

- keine schriftlich eingereichten Fragen

Zu TOP: 4 Vorstellung der Eckdaten zum Haushalt 2012

Anhand einer Präsentation stellt Herr Wille, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Finanzen, die Eckdaten für den ersten doppischen Haushalt 2012 vor. Den Haushaltsplan und die Präsentation haben die Mitglieder der Bürgerschaft per E-Mail erhalten.

Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen

Da es in den Tagesordnungspunkten 5.1 bis 5.21, mit Ausnahme von TOP 5.16 um Ausschussbesetzungen geht, schlägt der Präsident wie bereits zu Beginn der Wahlperiode eine Listenwahl der Fraktionen bzw. Zählgemeinschaften vor.

- kein Widerspruch

Der Präsident informiert darüber, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach dem Ausscheiden von Herrn Heiden für die erneute Besetzung der Ausschüsse mit Herrn Lüthen eine Zählgemeinschaft gebildet hat.

Zu TOP: 5.1 Vertreter für den Regionalen Planungsverband Vorpommern nach der Kreisgebietsreform

B382-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald entsendet 6 Vertreter in den Regionalen Planungsverband Vorpommern nach der Kreisgebietsreform:

CDU-Fraktion	Dr. Arthur König Jürgen Liedtke
Die Linke	Birgit Socher
SPD-Fraktion	Burchard Dreiseitel
Bündnis 90/Die Grünen	Torsten Wierschin
FDP-Fraktion	Torsten Hoebel

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.12 Umbesetzung Werksausschuss Abwasser

B383-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neues ordentliches Mitglied im Werksausschuss Abwasser wird Herr Norbert Braun anstelle von Herrn Dr. Andreas Kerath ernannt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.13 Umbesetzung Finanzausschuss

B384-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neues ordentliches Mitglied im Finanzausschuss wird Herr Dirk Littmann anstelle von Herrn Dr. Andreas Kerath ernannt.

Herr Dr. Andreas Kerath wird für Herrn Dirk Littmann zukünftig die Stellvertretung in diesem Ausschuss übernehmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.14 Besetzung OTV
B385-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt die (Um-)Besetzungen in folgenden Ortsteilvertretungen:

OTV Riems: Norbert Braun (stellvertretendes Mitglied)
Karl-Dieter Schmidt (stellvertretendes Mitglied)
Wolfgang Landmesser (stellvertretendes Mitglied)

OTV Eldena: Lothar Meinhard (stellvertretendes Mitglied)

OTV Schönwalde I: Mathias Hühr (stellvertretendes Mitglied)

OTV Schönwalde II: Michael Seifert (ordentliches Mitglied) anstelle von
Marcus Unbenannt
Marcus Unbenannt (stellvertretendes Mitglied)

OTV Ostseevierviertel: Thomas Lange (stellvertretendes Mitglied)

OTV Wieck-Ladebow: Michael Otto (stellvertretendes Mitglied)

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.15 Umbesetzung OTV Eldena
B386-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt folgende Umbesetzung in der Ortsteilvertretung Eldena:

Herr Michael Heiden wird Mitglied der OTV, Frau Birgit Socher scheidet aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.17 Umbesetzung im Ausschuss für Bau und Umwelt
B387-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Karsten Windmüller wird anstelle von Klaus Heiden Stellvertreter im Ausschuss für Bau und Umwelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.18 Umbesetzungen des Hauptausschusses
B388-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Dr. Stefan Fassbinder wird anstelle von Dr. Ullrich Bittner Mitglied im Hauptausschuss.

Prof. Dr. Frank Hardtke wird anstelle von Klaus Heiden Mitglied im Hauptausschuss.

Für Dr. Stefan Fassbinder wird **Dr. Ullrich Bittner** Stellvertreter im Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.19 Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses
B389-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Dr. Ullrich Bittner wird anstelle von Dr. Stefan Fassbinder Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss.

Dr. Stefan Fassbinder wird anstelle von Dr. Ullrich Bittner Stellvertreter im Rechnungsprüfungsausschuss.

Dr. Frauke Fassbinder wird anstelle von Ulrike Berger Stellvertreterin im Rechnungsprüfungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.20 Umbesetzung des Ausschusses für Sport
B390-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Alexander Krüger wird anstelle von Brigitta Schumann-Leupold Mitglied im Ausschuss für Sport.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.21 Umbesetzung in der Mitgliederversammlung des Städte und Gemeindetags
B391-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Kay Karpinsky wird anstelle von Gregor Kochhan Mitglied im Städte- und Gemeindetag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.2 Ernennung des Ortswehrführers und des stellvertretenden Ortswehrführers in das Ehrenbeamtenverhältnis
B392-20/11

Herr Dembski bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor Die betreffenden Kollegen sind anwesend.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Wahl des Ortswehrführers und seines Stellvertreters wird durch die Bürgerschaft zugestimmt.
2. Der Ortswehrführer, Herr Detlef Mielke, wird für die Dauer der Wahlperiode von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis ernannt.
3. Der stellvertretende Ortswehrführer, Herr Daniel Krüger, wird für die Dauer der Wahlperiode von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis ernannt.
4. Der Ortswehrführer erhält auf der Grundlage der Verordnung über die Entschädigung von Funktionsinhabern der Freiwilligen Feuerwehren vom 07.09.2000 bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der überarbeiteten Verordnung eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 125,00 Euro.
5. Der stellvertretende Ortswehrführer erhält auf der Grundlage der im Pkt. 3 genannten Verordnung bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der überarbeiteten Verordnung eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 63,00 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Die feierliche Ernennung des Ortswehrführers und seines Stellvertreters wird in einem angemessenen Rahmen erfolgen.

|

Zu TOP: 5.16 Realisierung der Sanierung des Stadtgrabens

B393-20/11

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch Herrn Hochheim.

Auf eine Nachfrage von Herrn Dr. Bartels erklärt Herr Kaiser, dass es beim Stadtgraben keine Abschnittsbildung gibt. Da die Planung als Gesamtprojekt erfolgt, muss im Vorgriff auf das Haushaltsjahr 2012 auch die komplette Summe zusammengefasst werden. Es gibt keinen ersten Bauabschnitt und 2011 werden auch noch keine Mittel fließen. Die Zuschlagserteilung ist auch nicht mit dem Baubeginn gleichzusetzen.

Aufgrund von Nachfragen von Herrn Dr. Kühne bezüglich der mit dem Stadtgraben und dem Tierpark zusammenhängenden Probleme gibt Herr Lemke vom Abwasserwerk umfangreiche Erläuterungen.

Da es keine Anträge zur Änderungen der Beschlussvorlage gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt die Durchführung der Sanierung des Stadtgrabens auf Grundlage des Submissionsergebnisses vom 25.10.2011. Der entsprechende Zuschlag ist zu erteilen. Die Sanierung soll zeitnah beginnen.

Die dazu erforderlichen 1.040.000 EUR und die notwendigen Honorare für Ingenieurleistungen in Höhe von 74.000 € sowie Kosten für fachgutachterliche Leistungen in Höhe von 12.700 € werden im Haushaltsplan 2012 veranschlagt. Auszahlungen aus diesen Mitteln können bereits im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung vor Beschlussfassung über den Gesamthaushalt und vor Genehmigung des Haushaltes 2012 geleistet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.3 Übernahme von Geschäftsanteilen an der ABS gGmbH
B394-20/11

Aufgrund eines Hinweises korrigiert Frau Teetz den prozentualen Anteil der Gesellschafterstruktur in der Sachdarstellung:

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Übernahme der Geschäftsanteile der FahrerKonzept Training GmbH in Höhe von 5.200,00 EUR an der ABS - Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH (ABS gGmbH) zum Nennwert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.4 Jahresabschluss 2010 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B395-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt gemäß § 28 EigVO M-V:

1. Der geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2010 des See- und Tauchsportzentrums (STZ), bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang, wird mit

einer Bilanzsumme von	1.900.128,83 EUR
einem Eigenkapital von	1.806.838,98 EUR
und einem Jahresverlust von	385.248,83 EUR

festgestellt.

Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2010 wird festgestellt.

Der Jahresverlust 2010 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - in Höhe von 385.248,83 EUR wird durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage des STZ ausgeglichen.

2. Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers AG (Schwerin) als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2011 durch den Landesrechnungshof MV zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.5 Aufhebung Vorbehalt zur Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2009
B396-20/11

Im Rahmen der Diskussion zeigt Frau Heinrich für die Linksfraktion an, dass diese der Aufhebung des Vorbehalts zur Entlastung des Oberbürgermeisters nicht

zustimmen wird.

Aus Sicht der Linksfraktion sei der Verdacht nicht ausreichend ausgeräumt, dass der Oberbürgermeister nicht unerheblich Mitverantwortung an der Preisexplosion beim Technischen Rathaus trägt.

Für den Rechnungsprüfungsausschuss gibt Herr Liedtke die Stellungnahme ab. Er schlägt vor, der Entlastung des Oberbürgermeisters zuzustimmen.

Herr Hoebel erinnert, dass der Oberbürgermeister bereits eine Rüge erhalten hat und er hält es für nicht sachdienlich, ihn doppelt zu bestrafen.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Der Vorbehalt im Beschluss der Bürgerschaft (B248-12/10) vom 13.12.2010 zur Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2009 wird aufgehoben. Im Übrigen bleibt der Beschluss bestehen.

Abstimmungsergebnis: bei 22 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 5.6 1. Änderungssatzung zur Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung 2009 für die kommunalen Friedhöfe der Universitäts- und Hansestadt Greifswald; Friedhofs- und Bestattungsgebührensätze 2012 ff.
B397-20/11**

Im Vorfeld der Bürgerschaftssitzung haben die Mitglieder der Bürgerschaft eine Auflistung der nach unten, der kaufmännisch gerundeten Gebühren sowie die Berechnung ohne Frostzuschlag enthalten.

Das Thema Rundungen und Frostzuschlag war bereits in den Fachausschüssen Gegenstand der Beratungen.

Herr Senator Hochheim stellt dar, dass sich bei den kaufmännischen Rundungen eine Überdeckung ergibt, die aber unzulässig ist. Deshalb wurden die Gebühren nach unten gerundet, die eine Unterdeckung von 2.427, 94 € ergibt. Beim Verzicht des Frostzuschlages würden weitere 714 € Unterdeckung entstehen.

Im Rahmen der Diskussion fordert Herr Dr. Bartels eine Behandlung dieser Themen im Sozialausschuss. Seiner Meinung nach ist die Gebührensatzung bisher nicht ausreichend diskutiert worden, denn es geht stellenweise um eine 50-prozentige Gebührenerhöhung. Herr Dr. Bartels weist in diesem Zusammenhang auf eine Stellungnahme des Seniorenbeirates hin.

Der Finanzausschuss hat empfohlen, die diskutierten Änderungen vorzunehmen.

Im Rahmen der Diskussion stellt Herr Dr. Fassbinder folgende drei Anträge:

1. Alle Gebührensätze werden kaufmännisch auf ganze Eurobeträge gerundet.
2. Die zusätzlichen Kosten für den frostbedingten Arbeitsaufwand werden auf alle Bestattungen umgelegt.
3. Die Gebühren für Grabnutzungsrechte bei einem Kindergrab werden auf 0 Euro (A2) gesetzt, für Kindersargbestattung auf 500 Euro (D1b).

Nach einigen Fragen und Bemerkungen stellt Herr Mundt den Antrag aus dem Finanzausschuss, den Frostzuschlag zu streichen und die Gebühren kaufmännisch auf- und abzurunden.

Herr Hochheim erklärt, dass die Verwaltung den Frostzuschlag aus der Verwaltungsvorlage herausnimmt und die Gebühren entsprechend rundet.

Herr Multhauf stellt noch einmal den Antrag, die Friedhofsgebührensatzung in den Sozialausschuss zu verweisen.

Daraufhin erklärt Herr Liskow, dass über diesen Antrag bereits bei der Bestätigung der Tagesordnung abgestimmt wurde und er deshalb in gleicher Sache nicht noch einmal abstimmen lassen kann.

Herr Hoebel stellt im Namen der FDP-Fraktion den Antrag, den Frostzuschlag aus der Satzung zu streichen.

Außerdem bemerkt Herr Hoebel, dass bei der Friedhofsverwaltung der Servicegedanke in den Vordergrund gerückt werden muss. Er erläutert dies anhand der Öffnungszeiten, wobei das Unternehmen Hennig davon profitiert, wenn die Friedhofsverwaltung geschlossen hat.

Da es keine weiteren Anträge gibt, lässt der Präsident über die Anträge von Herrn Hoebel und Herrn Dr. Fassbinder abstimmen.

- die kaufmännische Rundung und Verzicht auf den Frostzuschlag
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

3. Die Gebühren für Grabnutzungsrechte bei einem Kindergrab werden auf 0 Euro (A2) gesetzt, für Kindersargbestattung auf 500 Euro (D1b).
Abstimmungsergebnis: bei 14 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und mehreren Stimmenthaltungen beschlossen

Herr Hochheim stellt klar, dass diese Beschlussfassung dazu führt, dass es zu einer Unterdeckung kommt, und das ist mit Blick auf den Haushalt nicht wünschenswert.

Damit lässt der Präsident über die geänderte Satzung abstimmen.

Die Bürgerschaft beschließt die 1. Änderungssatzung zur Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung 2009 für die kommunalen Friedhöfe der Universitäts- und Hansestadt Greifswald; Friedhofs- und Bestattungsgebührensätze 2012 ff.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen beschlossen

Zu TOP: 5.7 Prüfauftrag für eine Denkmalbereichsverordnung „Offiziersbautensiedlung Greifswald-Ladebow“
 B398-20/11

Der Vorsitzende der Ortsteilvertretung Wieck-Ladebow, Herr Lieschefsky bringt die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation ein und erläutert sie.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister

1. zu prüfen, ob die Voraussetzungen zur Ausweisung eines Denkmalbereiches für die „Offiziersbautensiedlung Greifswald-Ladebow gemäß Denkmalschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern vorliegen, sowie nach § 5 Abs. 3 Denkmalschutzgesetz M-V erforderliche Anhörung vorzunehmen und

2. bei Vorliegen der Ziff. 1 benannten Voraussetzungen und nach Anhörung der Denkmalschutzbehörde das Verfahren zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.8 Straßenausbau im OT Ladebow, Bereich ehemalige Flugplatzsiedlung

- zurückgezogen

Zu TOP: 5.9 Weiteres Verfahren zur Entwicklung des Seehafens Greifswald-Ladebow B399-20/11

Herr Hochheim bringt die Verwaltungsvorlage ein und dabei bittet er auf S. 3 in der Sachdarstellung zu 3. im dritten Absatz, die Summe des Sanierungsstaus von 500 auf 650 TEUR zu ändern.

Die Stellungnahme der CDU-Fraktion erfolgt durch Herrn Kruse.

Die Vorstellungen von Frau Socher erläutert sie anhand einer Präsentation.

Für die SPD-Fraktion bringt Herr Dr. Kerath folgenden Änderungsantrag ein, der allen Bürgerschaftsmitgliedern vorliegt: Er nimmt entsprechende Erläuterungen vor.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister:

1. eine Übergangslösung für 2012 zu finden, damit der weitere Betrieb des Seehafens Greifswald-Ladebow auch nach der Kündigung des bisherigen Betreibers ab dem 01. Januar 2012 gewährleistet ist, ohne sofort eine langfristige Bindung einzugehen.

2. als Gesellschaftervertreter die Geschäftsführung der Stadtwerke GmbH zu beauftragen, bis zum 31. März 2012 zu prüfen, ob die Stadtwerke GmbH den Seehafen Greifswald-Ladebow ab 2013 wirtschaftlich betreiben kann, und für den Fall, dass sich für die Stadtwerke GmbH ein positives Ergebnis aus der Prüfung ergibt, den Nutzungs- und Betreibervertrag im Rahmen eines Inhouse-Geschäftes an die Stadtwerk zu vergeben.

3. für den Fall, dass sich für die Stadtwerke GmbH ein negatives Ergebnis der Prüfung ergibt, die Ausschreibung eines Nutzungs- und Betreibervertrages für den Seehafen Greifswald-Ladebow für die Zeit nach dem 01.01.2013 vorzunehmen.

Herr Dr. Kerath fordert eine Einzelabstimmung der einzelnen Punkte der Verwaltungsvorlage.

Herr Liskow bittet aufgrund von Gesprächen mit den Stadtwerken, im Punkt 2 zu korrigieren: „... bis **zum 30. Juni 2012** zu prüfen, ...“

- kein Widerspruch

Im Rahmen der Diskussion erklärt Herr Hochheim, dass der Punkt 1 des Änderungsantrages bereits erledigt ist.

Es schließt sich eine umfangreiche Diskussion an, in der sich Herr Dr. Fassbinder, Herr Dr. Bartels, Herr Braun, Herr Wille, Herr Hochheim, Herr Hoebel, Herr Radicke, Herr Kruse, Frau Socher, Herr Kaiser und Herr Hoebel zu Wort melden. Herr Hoebel beantragt für die FDP-Fraktion, im Punkt 3. der Verwaltungsvorlage folgende zwei Sätze zu ergänzen: „**Ziffer 3. steht unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Genehmigung. Die Förderung soll mindestens 70% betragen.**“

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schlägt der Präsident folgendes Abstimmungsverfahren vor:

1. Punkt 1. der Verwaltungsvorlage
2. Punkt 2 der Verwaltungsvorlage wird durch 2. und 3. des Änderungsantrages der SPD-Fraktion ersetzt.
3. Punkt 3. der Verwaltungsvorlage wird mit den beiden ergänzenden Sätze von Herrn Hoebel ergänzt.

- kein Widerspruch

Abstimmungsergebnis: Punkt 1. der Verwaltungsvorlage einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Punkt 2 der Verwaltungsvorlage durch 2. und 3. des Änderungsantrages der SPD-Fraktion ersetzen bei 20 Ja-Stimmen und 17 Gegenstimmen beschlossen

Abstimmungsergebnis: zwei Ergänzungssätze der FDP im Punkt 3. bei 21 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Abstimmungsergebnis: Punkt 3. der Verwaltungsvorlage mit der zuvor beschlossenen Ergänzung bei 21 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Mit diesen Abstimmungen fasst die Bürgerschaft folgenden Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt in Fortführung und Umsetzung des Beschlusses B590-42/09 vom 25.05.2009 zur Weiterentwicklung des Seehafens Greifswald-Ladebow:

1. Zur Schaffung von Planungssicherheit und Baurecht zur Entwicklung des Seehafens Greifswald-Ladebow als Gewerbe- und Industriehafen, ist der Bebauungsplan Nr. 14 - Hafen Ladebow -, zunächst als Entwurf (2. Durchgang) weiterzubearbeiten und im Weiteren zur Rechtskraft zu bringen. Die Entwicklung eines angrenzenden Sportboothafens soll möglich bleiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

- 2.a Der Oberbürgermeister beauftragt als Gesellschaftervertreter die Geschäftsführung der Stadtwerke GmbH, bis zum 30. Juni 2012 zu prüfen, ob die Stadtwerke GmbH den Seehafen Greifswald-Ladebow ab 2013

wirtschaftlich betreiben kann, und für den Fall, dass sich für die Stadtwerke GmbH ein positives Ergebnis aus der Prüfung ergibt, den Nutzungs- und Betreibervertrag im Rahmen eines Inhouse-Geschäftes an die Stadtwerk zu vergeben.

- 2.b Für den Fall, dass sich für die Stadtwerke GmbH ein negatives Ergebnis der Prüfung ergibt, ist die Ausschreibung eines Nutzungs- und Betreibervertrages für den Seehafen Greifswald-Ladebow für die Zeit nach dem 01.01.2013 vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: bei 20 Ja-Stimmen und 17 Gegenstimmen beschloss

3. Die Befahrbarkeit der kommunalen Anschlussbahn vom Großnetz der DB Netz AG zum Seehafen Greifswald-Ladebow ist kurzfristig wieder herzustellen.
Ziffer 3. steht unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Genehmigung. Die Förderung soll mindestens 70% betragen.

Abstimmungsergebnis: bei 21 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.10 Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragsatzung und die Klassifizierung

Herr Hochheim erklärt, dass die Verwaltung diese Beschlussvorlage zurückzieht. Dazu haben der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der sonst geführte Schriftverkehr geführt. Verwaltungsintern wurde eine Abstimmung vorgenommen, so dass es zur Dezembersitzung der Bürgerschaft eine geänderte Beschlussvorlage gibt.

Zu TOP: 5.11 Bebauungsplan Nr. 110 - Südlich Chamissostraße - ; Aufstellungsbeschluss
B400-20/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 110 - Südlich Chamissostraße - wie folgt:

1. Für das Gebiet - Südlich Chamissostraße - (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1) soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Mit der Planung wird das Ziel verfolgt, Baurecht für ca. 25 Einfamilienhäuser zu schaffen. Die Erschließung ist über eine mittige Anliegerstraße mit Anbindung an die Herderstraße zu realisieren.
2. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) soll durch einen Aushang erfolgen, mit dem über die allgemeinen Ziele und Zwecke des Bebauungsplans zu unterrichten ist.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 35 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Liste der Hauptausschussbeschlüsse und die Liste über Termine/wichtige Ereignisse werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Mitteilungen aus dem Dezernat III:

Zurzeit führt Herr Dembski Verhandlungen mit den Amtsleitern des Landkreises zur Rückholung von Aufgaben. Dabei werden derzeit verschiedene Modelle durchgerechnet. Dabei ist wichtig, welches Modell das finanziell günstigste ist.

Bezüglich der örtlichen Jugendhilfe wurde mit dem Jugendamtsleiter, Herrn Scheer verhandelt. Herr Dembski kann sich vorstellen, dass Greifswald die freiwilligen Aufgaben übernimmt.

Bezüglich der Aufgaben der Ausländerbehörde werden in der kommenden Woche Verhandlungen geführt.

Die Verwaltung des Landkreises hat mitgeteilt, dass der Restbetrag für das Frauenhaus 2011 und für 2012 in Höhe von 30.000 € eingestellt werden sollen.

Diese Vorhaben bedürfen aber alle noch der Zustimmung des Kreistages.

Ferner gab es seitens der Kreisverwaltung die Zusage, dass die Sportförderung für Greifswald in der bisherigen Höhe von 100.000 € von der Kreisverwaltung in den Haushalt eingestellt werden sollen.

Bezüglich Schulen wurde bereits in der Runde mit den Fraktionsvorsitzenden besprochen, die Rückholung der Aufgaben in der Haushaltsdebatte endgültig zu entscheiden. Herr Dembski will versuchen, Vorschläge für einen gangbaren Weg zur nächsten Bürgerschafts- bzw. Kreistagssitzung zu unterbreiten.

Auf Nachfrage von Herrn Spring bezüglich der Träger der freien Jugendarbeit für 2012 erläutert Herr Dembski, dass man sich mit dem Kreis dahingehend verständigt hat, dass Greifswald vorbehaltlich der Haushaltsbeschlüsse einen Eigenanteil in Höhe des bisherigen Anteils von 430.000 € übernimmt. Das Jugendamt wirbt dann die Landesmittel ein, so dass dann der Kreis die Verträge übernimmt und fortführt.

Zum „TAKT“ schlägt der Kreis vor, dass es eine nachgeordnete kreisliche Einrichtung bleibt und das Personal bezahlt. Greifswald soll die Sach- und Mietkosten übernehmen.

Auf Nachfragen von Herrn Mundt nach der Verteilung der Sportfördermittel teilt Herr Dembski mit, dass noch nach einer kreativen Lösung gesucht wird.

Zur Sportförderrichtlinie teilt er mit, dass die Aufhebung derselben vorbereitet wird bis auf die Mietforderungen, die in Höhe von 32.000 € bei der Stadt bleiben sollen.

**Zu TOP: 6.1 Beschlusskontrolle
Kündigung des Vertrages mit der BauBeCon GmbH
B337-17/11**

Herr Kaiser, Stadtbauamtsleiter erläutert anhand des Bürgerschaftsbeschlusses und einer Präsentation die Ergebnisse der Prüfung der drei vorgeschlagenen Varianten, welche zeitlichen, personellen, finanziellen, arbeitstechnischen und andere Konsequenzen sich daraus ergeben könnten. Die gezeigte Übersicht wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Multhauf sagt der Oberbürgermeister zu gegebener Zeit entsprechende Informationen zu.

Zu TOP: 7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Prof. Joecks:

Die Fragen zur Verkehrslage an der Ecke Wolgaster/Marienstraße an der Europakreuzung wurden vorher schriftlich eingereicht

Herr Hochheim.

Der zuständige Bausenator nimmt die Beantwortung wie folgt vor.

Frage 1.: Wie lange werden die Baumaßnahmen in der Marienstraße noch andauern?

Die Baumaßnahme, die der Erneuerung der Trinkwasserleitung einschließlich der Hausanschlüsse dient, ist vom 26.09.2011 bis zum 25.11.2011 geplant. Die Aufhebung der Einbahnstraßenführung soll am 11.11.2011 erfolgen. Danach werden die Hausanschlüsse mit punktueller Einengung der Fahrbahn hergestellt.

Frage 2.: Warum wurde die Verkehrsführung in der Marienstraße so verändert, dass sie als Einbahnstraße nicht mehr zur Entlastung der Europakreuzung dienen kann?

In der Sperrkommission wurde in Abstimmung mit der Polizei die Verkehrsführung abgestimmt. Die Notwendigkeit der Führung der Einbahnstraße in Richtung Wolgaster Straße resultiert aus dem vorhandenen Z 209-20 -vorgeschriebene Fahrtrichtung rechts- in der Einmündung Holzgasse auf den Hansering. Bei Führung der Einbahnstraße von der Wolgaster Straße in Richtung Holzgasse müssten alle Bewohner und Anlieger der Marienstraße und auch der Hafenstraße der vorgeschriebenen Fahrtrichtung auf dem Hansering in Richtung Stralsund folgen. Die Überlegung Z 209-20 für die Zeit der Baumaßnahme außer Kraft zu setzen wurde in der Abstimmung verworfen, da die vorgeschriebene Fahrtrichtung eine Maßnahme zur Unfallverhütung im Zusammenhang mit den Ein- und Abbiegevorgängen an der Einmündung Fr.-Löffler-Straße/ Hansering ist.

Frage 3.: Warum wurden die neuen Fahrbahnmarkierungen in der Wolgaster Straße (in Höhe der Marienstraße) nicht so lange zurückgestellt, bis die Baumaßnahmen in der Marienstraße beendet sind, um diese weiterhin als Entlastungsstraße nutzen zu können ?

Die Fahrbahnmarkierungen in der Wolgaster Straße zwischen der Marienstraße und Schillstraße im Zusammenhang mit dem Einbau der Querungshilfe in Höhe der Gertrudenstraße wurden in der Zeit vom 01.08.2011-05.08.2011 durchgeführt. Die Antragstellung für die Baumaßnahme erfolgte erst am 12.09. 2011.

Dadurch, dass derzeit in die Marienstraße vor der Europakreuzung nicht eingefahren werden kann, staut sich gelegentlich der Verkehr auf. Beobachtet wurde jedoch, dass sich in kurzer Zeit der Stau abbaut.

Die vorübergehende Verkehrsführung, die sich auch in der Vergangenheit bei Bauarbeiten in der Marienstraße bewährt hat, entspricht dem Grundsatz der StVO "Sicherheit geht vor Leichtigkeit".

Frau Dr. Fassbinder:

Die Fragen zum ÖPNV wurden im Vorfeld schriftlich eingereicht.

Die Beantwortung erfolgt durch den zuständigen Bausenator und wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Multhauf:

Herr Multhauf bittet darum, die Beantwortung der Fragen zur Sanierung der Fischer-Schule schriftlich vorzunehmen und der OTV sowie der Fischer-Schule zuzustellen (Anlage zum Protokoll).

Herr Multhauf weist darauf hin, dass am 09.11.2011 im Pommernhus eine Aus-

stellung von Lea und Hans Grundig stattfindet und lädt alle recht herzlich ein.

Herr Hoebel:

- zum Thema Kosten für die Schülerbeförderung
Gibt es noch Möglichkeiten der Einflussnahme der Stadtverwaltung?

Herr Senator Dembski:

Der Senator hat Gespräche mit dem Leiter des Schulverwaltungsamtes des Kreises geführt. Da gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen z.B. vertritt man die Auffassung, dass alles was innerhalb der geschlossenen Ortschaft gefahren wird, nicht übernommen wird.

Da am 8. November der Schulausschuss des Deutschen Städtetages stattfindet, will Herr Dembski dort das Problem vorstellen, wie es in den anderen kreisangehörigen Städten gesehen und praktiziert wird. Gegebenenfalls muss im Klageverfahren das Bildungsministerium als Fachorgan eingeschaltet werden.

Herr Dr. Kerath:

Seit mehreren Wochen ist wieder der Poller an der Wiecker Brücke außer Betrieb. Wie ist der Sachstand?

Herr Senator Hochheim:

Die Ausfallperioden des Pollers ließen sich vermindern, wenn weniger häufig Leute dagegenfahren würden. Die Verwaltung ist natürlich bestrebt, den Poller so schnell wie möglich zu reparieren. Bislang haben auch die Versicherungen die Kosten für die Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit übernommen. Die Frage stellt sich nach Alternativen. Man muss an die Aufmerksamkeit der Kfz.-Führer appellieren.

Auf die Nachfrage von Herrn Kruse, ob es rechtlich möglich ist, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, sagt Herr Hochheim eine Prüfung zu.

Zu TOP: 8 Mitteilungen des Präsidenten

- keine Mitteilungen

Zu TOP: 9 Bestätigung der Niederschrift vom 26.09.2011

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung bestätigt

Zu TOP: 10 Schluss der Sitzung

21:13 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:

- Information zum Bauzustand Fischer-Schule
- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- Termine/wichtige Ereignisse
- Ausführungen zur Beschlusskontrolle
- Beantwortung zum ÖPNV
- Beschlusskontrolle Oktober und November